

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

16. WP - 9. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. Dezember 2005, um 14 Uhr,  
im Konferenzsaal des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Astrid Höfs (SPD)

i. V. von Jürgen Weber

Hans Müller (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Ursula Sassen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| <b>Tagesordnung:</b>   | <b>Seite</b> |
|--|--------------|
| <b>1. Antrag auf Zustimmung des Landtages gemäß § 15 a Abs. 3 Satz 1 Hochschulgesetz Schleswig-Holstein (HSG-SH) zu den Eckwerten für das Anreizbudget im Rahmen der Vergabe eines Anteils der Landesmittel an die Hochschulen in Schleswig-Holstein nach Leistung</b> | <b>6</b>     |
| Antrag der Landesregierung<br>Drucksache 16/268  |              |
| Schriftliche Stellungnahmen der Hochschulen<br>Umdrucke 16/330, 16/377, 16/380, 16/392, 16/405, 16/406, 16/419 und 16/421  |              |
| Anhörung der Landesrektorenkonferenz, Prof. Dr. Heiner Dunckel   |              |
| <b>2. Anhörung des Dansk Skoleforening for Sydslesvig</b>  | <b>10</b>    |
| Umdrucke 16/302, 16/336 und 16/413   |              |

**3. a) Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkungsrechte von Elternvertretungen in Kindertagesstätten** **12**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/12

**b) Neufassung Kindertagesstättengesetz**

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD  
Drucksache 16/107

hierzu: Umdruck 16/429

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/129

Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/136

hierzu: Umdruck 16/430

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/138

**c) Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen (WeitEntwKiTaG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/336

hierzu: Umdrucke 16/333, 16/344 (neu), 16/346, 16/354, 16/355, 16/356,  
16/357, 16/358, 16/360, 16/363, 16/404, 16/412

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Umdruck 16/374

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW  
Umdruck 16/394

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD  
Umdruck 16/429

Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
Umdruck 16/430

- 
- 4. Bericht des Bildungsministeriums zur Integrierten Gesamtschule Pansdorf 15**  
(auf Antrag von Abg. Dr. Klug [FDP] in der 7. Ausschusssitzung am  
3. November 2005)
- 5. a) Bericht zur Reform der zweiten Phase der Lehrerausbildung 16**  
Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/343
- b) Neuordnung der Lehrerbildung**  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/264  
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD  
Drucksache 16/284
- 6. Betriebliche Ausbildung in Schleswig-Holstein stärken - Prioritäten setzen 17**  
Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/322
- 7. Verschiedenes 18**

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Antrag auf Zustimmung des Landtages gemäß § 15 a Abs. 3 Satz 1 Hochschulgesetz Schleswig-Holstein (HSG-SH) zu den Eckwerten für das Anreizbudget im Rahmen der Vergabe eines Anteils der Landesmittel an die Hochschulen in Schleswig-Holstein nach Leistung**

Antrag der Landesregierung  
Drucksache 16/268

(überwiesen am 28. September 2005)

Schriftliche Stellungnahmen der Hochschulen  
Umdrucke 16/330, 16/377, 16/380, 16/392, 16/405, 16/406, 16/419 und 16/421

Anhörung der Landesrektorenkonferenz, Prof. Dr. Heiner Dunckel

Prof. Dr. Dunckel trägt zu den von der Landesregierung vorgelegten Eckwerten für das Anreizbudget die Beschlüsse der Landesrektorenkonferenz vor, die einstimmig getroffen worden seien (Umdrucke 16/330 und 16/406). Er macht darauf aufmerksam, dass die Entwicklung eines Anreizbudgets ein aufwändiger und langwieriger Prozess gewesen sei, dessen Ergebnis ein zwischen den Hochschulen und der damaligen Landesregierung erzielter Kompromiss über die Grundsystematik der leistungsbezogenen Hochschulfinanzierung gewesen sei. Problematisch sei, die Mittel für das Anreizbudget in Höhe von 5 % von dem ohnehin knapp bemessenen Grundhaushalt abzuziehen und die schleswig-holsteinischen Hochschulen mit ihrer Unikatsituation - mit Ausnahme der CAU - ohne weiteres mit dem Bundesdurchschnitt zu vergleichen. Besonders befremdlich sei, dass die vom Wissenschaftsministerium zugrunde gelegten Zahlen zu den Absolventen, Promotionen und Drittmitteln zum Teil unklar, widersprüchlich und fehlerhaft seien.

Auf eine Frage von Abg. Spoorendonk unterstreicht er noch einmal, dass sich alle Beteiligten im Dezember 2004/Februar 2005 darauf verständigt hätten, 50 % des zu verteilenden Budgets anhand eines Vergleiches der schleswig-holsteinischen Hochschulen mit den Werten der jeweiligen Hochschulart im Bundesgebiet und 50 % des Anreizbudgets nach der Systematik des „Hamburger Modells“ durch einen Eigenvergleich der einzelnen Hochschule in einzelnen Parametern im Vergleich zu den letzten drei Jahren zu vergeben. Mit dem in Rede stehenden Antrag habe die Landesregierung den Eigenvergleich herausgenommen und die Zahl der In-

dikatoren halbiert. Angesichts der Spezifika der einzelnen Hochschulen bereite ein reiner Bundesvergleich Probleme. Die von der Landesregierung vorgeschlagenen Umverteilungen führten insbesondere für die beiden Flensburger Hochschulen zu großen Härten, die nur durch weitere Einsparungen vor allem von Stellen aufgefangen werden könnten.

Die Abgeordneten Dr. Klug und Spoorendonk problematisieren die Auswirkungen des Anreizbudgets auf die Fachhochschule Flensburg (Umdruck 16/392) und bitten die Landesregierung um eine Stellungnahme.

Abg. de Jager erinnert an das Gespräch mit den Hochschulen im Wissenschaftsministerium am 22. Juni 2005, bei dem die Tendenz erkennbar geworden sei, stärker auf einen bundesweiten Vergleich zu setzen, und weist darauf hin, dass die CAU dem von der Landesregierung vorgeschlagenen Modell in ihrer Stellungnahme, Umdruck 16/405, ausdrücklich zustimme. Die Regierung habe keine neuen Parameter zugrunde gelegt, sondern lediglich aus dem alten Kennziffernset die Eigenvergleichskennziffern herausgenommen. Denn mit dem Modell des Eigenvergleichs hätte eine Hochschule bewusst Kennziffern wählen können, bei denen die Möglichkeit besonders groß sei, sich zu verbessern und damit höhere Einnahmen zu erzielen. Er bietet an, in der Beschlussempfehlung des Ausschusses eine Art Revisionsklausel aufzunehmen: „Die erste Hälfte des Jahres 2006 wird genutzt, um die Leistungsparameter in ihrer Anwendung zu prüfen und bei Bedarf zu verändern.“ Mit Blick auf die Auswirkungen des Anreizbudgets auf einzelne Hochschulen erwidert er, Sinn und Zweck des Anreizbudgets sei ja gerade, dass sich an der Bezuschussung etwas ändere und Mittel zukünftig stärker nach Leistung vergeben würden. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Universität Flensburg im Jahre 2004 eine Rücklage in Höhe von 1,42 Millionen € und die Fachhochschule Flensburg Ende 2004 eine Rücklage in Höhe von 1,5 Millionen € gebildet habe.

Auf eine Frage von Abg. Hentschel macht Prof. Dr. Dunckel noch einmal unmissverständlich klar, dass alle Hochschulen die Notwendigkeit einer leistungsorientierten Budgetierung sähen und zum Teil für eine möglichst schnelle Einführung des Gesamtfinanzierungsmodells einträten. Befremdlich sei - wie gesagt -, dass die Landesregierung mit dem Verzicht auf den Eigenvergleich, auf den auch in anderen Bundesländern abgestellt werde, die Kompromisslinie verlassen und die Zahl der Indikatoren auf die Hälfte - und zwar die problematischen - reduziert habe.

St de Jager bekräftigt noch einmal die Zielsetzung der Landesregierung, den Vergleich mit anderen Bundesländern in den Mittelpunkt zu stellen. Die Einbeziehung des Eigenvergleichs hätte zu einer Vielzahl von unterschiedlichen Kennziffern und damit zu einer gewissen Intransparenz geführt, mit der auch den Hochschulen letztlich nicht gedient gewesen wäre.

Man brauche ein beherrschbares, verlässliches und transparentes System. Im Übrigen hätte die Fachhochschule Flensburg auch nach dem alten Kennziffernmodell einen Abschlag von 140.000 € hinnehmen müssen. Das Ministerium werde mit den negativ betroffenen Hochschulen in die Diskussion darüber eintreten, wie man die Auswirkungen flankieren könne. Das Jahr 2006 solle als Testjahr genutzt werden, um die Anwendung der Kennziffern zu überprüfen und im Dialog mit den Hochschulen gegebenenfalls Änderungen vorzunehmen. Außerdem werde man mit den Hochschulen in die Diskussion über die Ausgestaltung des Sockelbudgets einsteigen. In diesem Zusammenhang werde dem Parameter „Abschluss des Studiums in der Regelstudienzeit“ besondere Bedeutung zukommen.

Abg. Dr. Klug unterstützt die Forderung der Landesrektorenkonferenz, neben dem Bundesvergleich auch den Eigenvergleich einer Hochschule zur Bemessungsgrundlage zu machen. Gerade angesichts unterschiedlicher Grundausstattungen der schleswig-holsteinischen Hochschulen und der Hochschulen in anderen Bundesländern sei der Eigenvergleich ein gerechteres und geeigneteres Kriterium der Mittelzuweisung.

Abg. Hentschel möchte wissen, auf welchen Faktoren die Schlechterstellung der beiden Flensburger Hochschulen beruhe. Er kritisiert, dass der Parameter „Studierende in der Regelstudienzeit“ nicht für die Universitäten zugrunde gelegt und nur mit 10 % gewichtet werde. Schließlich bittet er das Wissenschaftsministerium, dem Ausschuss den Text des genannten Kompromisses über die Grundsystematik der leistungsbezogenen Hochschulfinanzierung vom Dezember 2004/Februar 2005 zuzuleiten.

Nach Auffassung von Prof. Dr. Dunckel liegt die Benachteiligung einzelner Hochschulen in den gewählten Indikatoren begründet. Eine Steigerung der Studierendenzahl zum Beispiel schlage negativ auf die Absolventenquote durch.

AL Dr. Hendriks teilt abschließend mit, die Fachhochschule Flensburg liege bei der Absolventenquote mit 32 % und bei den Drittmitteln je Professur mit 19 % unter dem Bundesdurchschnitt.

Der Antrag von Abg. Hentschel, die Beschlussfassung über den Antrag der Landesregierung zu vertagen, wird mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Landesregierung, Drucksache 16/268, mit der Maßgabe anzunehmen, dass die erste Hälfte des



Jahres 2006 genutzt wird, um die Leistungsparameter in ihrer Anwendung zu prüfen und bei Bedarf zu verändern.

Betreffend die Kritik von Prof. Dr. Dunckel an den vom Wissenschaftsministerium zugrunde gelegten Zahlen erwartet der Bildungsausschuss, dass das Wissenschaftsministerium bis zur Beschlussfassung über den Antrag im Landtag die Daten mit den Hochschulen abgleicht und gegebenenfalls anpasst.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Anhörung des Dansk Skoleforening for Sydslesvig**

Umdrucke 16/302, 16/336 und 16/413

Herr Runz, Direktionsmitglied von Dansk Skoleforening, beschreibt die finanzielle Lage des Dänischen Schulvereins, der angesichts eines für das Jahr 2007 zu erwartenden Haushaltsdefizits von knapp 1 Million € voraussichtlich drei Schulen und zwei Kindergärten werde schließen müssen, nachdem man in den letzten Jahren bereits eine Reihe von Sparmaßnahmen durchgeführt habe (Umdrucke 16/302 und 16/336). Das Defizit sei im Wesentlichen auf die fehlende Gleichstellung mit den öffentlichen Schulen bei den Schülerkostensätzen, den Rückzug der Kreise aus der Schülerbeförderung, steigende Energiepreise und Tarifsteigerungen zurückzuführen. Der Dänische Schulverein fordere eine Rückkehr zu der im Schulgesetz vorgesehenen Regelung „100 von 100 unabhängig vom Bedarf“ und damit eine Koppelung an das öffentliche Schulwesen.

Hinsichtlich der Schülerbeförderung weist er darauf hin, dass die Schülerinnen und Schüler der dänischen Schulen insbesondere im Sekundarbereich weitere Schulwege zurückzulegen hätten als Schülerinnen und Schüler des öffentlichen Schulwesens. Vor diesem Hintergrund kritisiert er, dass der Kreis Rendsburg-Eckernförde beschlossen habe, den Zuschuss zu den Kosten der Schülerbeförderung zu den Schulen des Dänischen Schulvereins ab dem Schuljahr 2005/06 zu streichen, und der Kreis Schleswig-Flensburg in Zukunft nicht mehr zwei Drittel der tatsächlich entstandenen, sondern nur noch zwei Drittel der durchschnittlichen Beförderungskosten zahle. Demgegenüber sei die Einbeziehung des Dänischen Schulvereins in die Förderung von Betreuungsangeboten an Grund- und Förderschulen sowie die Verbesserung bei der Förderung der Investitionskosten für Schulgebäude und -anlagen positiv zu bewerten.

Auf eine Frage von Abg. Herold teilt er mit, die deutschen Schulen in Nordschleswig würden gemäß Privatschulgesetz mindestens wie andere Privatschulen in Dänemark behandelt und könnten nach dem Grundsatz der positiven Diskriminierung bevorzugt behandelt werden, was bei den Zuschüssen zur Schülerbeförderung seines Wissens auch geschehen sei.

Abg. Spoorendonk betont die Forderung der dänischen Minderheit, zu einer echten finanziellen Gleichstellung der Schulen der Minderheit zurückzukehren. Die Schulen der Minderheit seien nicht nur Lernstätte, sondern eine wichtige Kultur- und Begegnungsstätte der Minderheit. Daher dürfe auch der Erhalt kleiner Schulen nicht nur unter Wirtschaftlichkeitsgesichts-

punkten betrachtet werden. Dass sich die Kreise aus der Bezuschussung der Schülerbeförderung zurückzögen und der Kreis Rendsburg-Eckernförde seinen Zuschuss sogar ganz streiche, ohne das Gespräch mit dem Schulverein zu suchen, sei nicht hinnehmbar.

St Dr. Meyer-Hesemann nimmt zu den Einlassungen des Dänischen Schulvereins aus Sicht der Landesregierung Stellung, Umdruck 16/413. Er stellt klar, dass das Schulgesetz seit 2001 im Wege des Haushaltsbegleitgesetzes verändert worden sei. Die Koalition stehe allerdings zu ihrem Ziel, den Schulen der dänischen Minderheit ab 2008 unabhängig vom Bedarf einen Zuschuss in Höhe von 100 % zu gewähren. Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug nach der Höhe der finanziellen Mehrbelastung für das Land durch die Gleichstellung der dänischen Schulen bei den Schülerkostensätzen ab 2008 auf der Basis heutiger Zahlen wagt er keine Prognose, da diese von der Entwicklung des öffentlichen Systems abhängig sei.

Auf eine Frage von Abg. Franzen bestätigt MDgt Dr. Eggeling, dass der Landesrechnungshof die Schulen in freier Trägerschaft prüfe und das Ergebnis seiner Prüfung dem Landtag voraussichtlich im Mai 2006 zuleiten werde. - Der Ausschuss kommt überein, sich dann mit der Situation des Dänischen Schulvereins weiter zu befassen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**a) Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkungsrechte von Elternvertretungen in Kindertagesstätten**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/12

(überwiesen am 25. Mai 2005 an den **Bildungsausschuss**, den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Mit Zustimmung der FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 16/12 für erledigt zu erklären.

**b) Neufassung Kindertagesstättengesetz**

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD  
Drucksache 16/107

hierzu: Umdruck 16/429

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/129

Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/136

hierzu: Umdruck 16/430

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/138

(überwiesen am 15. Juni 2005 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss)

Nachdem CDU und SPD ihren Antrag Drucksache 16/107 zurückziehen, erübrigt sich die Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

**c) Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen (WeitEntwKiTaG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/336

(überwiesen am 9. November 2005 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/333, 16/344 (neu), 16/346, 16/354, 16/355, 16/356,  
16/357, 16/358, 16/360, 16/363, 16/404, 16/412

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Umdruck 16/374

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW  
Umdruck 16/394

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD  
Umdruck 16/429

Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
Umdruck 16/430

Abg. Hentschel bringt den Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 16/374, ein, Abg. Spoorendonk den Änderungsantrag des SSW, Umdruck 16/394, Abg. Dr. Klug den Änderungsantrag der FDP, Umdruck 16/430, Abg. Höfs und Abg. Franzen den Änderungsantrag von CDU und SPD, Umdruck 16/429. Abg. Franzen legt Wert darauf, dass die festgeschriebene Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätte und Schule, die man auch im Schulgesetz verankern werde, nicht zu zusätzlicher Bürokratie führen dürfe.

St. Dr. Meyer-Hesemann lehnt die gesetzliche Verankerung einer Verordnung zu den Leitlinien ebenso ab wie die von der FDP vorgeschlagene Einrichtung eines Kindergartenbeirates, die einen erheblichen Mehraufwand erzeugen würde. Die in § 3 Abs. 3 des Schulgesetzes enthaltene Zusammenarbeit der Schule mit der Jugendhilfe werde im Rahmen der anstehenden Novellierung des Schulgesetzes dahin konkretisiert, dass die Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten explizit festgeschrieben werde.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Änderungsanträge Umdrucke 16/374, 16/394 und 16/430 abgelehnt.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP wird der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, Umdruck 16/429, angenommen.

Mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag - vorbehaltlich des Votums des an der Beratung beteiligten Sozialausschusses -, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 16/336, mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht des Bildungsministeriums zur Integrierten Gesamtschule Pansdorf**

(auf Antrag von Abg. Dr. Klug [FDP] in der 7. Ausschusssitzung am 3. November 2005)

St Dr. Meyer-Hesemann teilt mit, nach dem Vergleichsvorschlag des Verwaltungsgerichts Schleswig in Sachen IGS Pansdorf verfolge die Landesregierung in Gesprächen mit dem Kreis Ostholstein und der Gemeinde Ratekau das Ziel, die IGS in der Gemeinde Ratekau unter Einbeziehung der dort bestehenden Schulen des gegliederten Systems der Sekundarstufe 1 zu realisieren. Die Auswirkungen einer solchen Lösung und die finanziellen Voraussetzungen würden in Arbeitsgruppen geprüft. Der Gemeinderat Ratekau werde sich am 14. Dezember 2005 mit dem Anliegen befassen.

Auf Fragen von Abg. Dr. Klug erwidert er, die Gründung einer Kooperativen Gesamtschule stehe nicht zur Debatte, weil die vorgeschriebenen Zügigkeiten nicht realisierbar seien. Hinsichtlich der Investitionskosten gehe man davon aus, dass die Unterbringung in bestehenden Gebäuden in Ratekau mit entsprechenden Erweiterungsbauten gegenüber der ursprünglichen Bauplanung in Pansdorf zu einer deutlichen Reduzierung der Gesamtkosten führen werde.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**a) Bericht zur Reform der zweiten Phase der Lehrerausbildung**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/343

(überwiesen am 11. November 2005)

**b) Neuordnung der Lehrerbildung**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/264

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD  
Drucksache 16/284

(überwiesen am 28. September 2005)

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Ausschuss auf Vorschlag von Abg. Dr. Klug darauf, zu beiden Punkten bis Ende Januar schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Der Ausschuss beabsichtigt, dem Landtag zur Februar-Tagung eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.



Punkt 6 der Tagesordnung:

**Betriebliche Ausbildung in Schleswig-Holstein stärken - Prioritäten setzen**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/322

(überwiesen am 11. November 2005)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den Bericht Drucksache 16/322 zur Kenntnis zu nehmen. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass sich der fachlich zuständige Wirtschaftsausschuss im Rahmen des Selbstbefassungsrechts der Ausschüsse am 7. Dezember 2005 mit dem Bericht inhaltlich auseinandersetzen wird.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Auf Vorschlag der Vorsitzenden fasst der Ausschuss ins Auge, im Frühjahr 2006 eine Informationsreise innerhalb Deutschlands durchzuführen und sich in Sachsen über das System der Mittelschule und in Baden-Württemberg über das Modell der Profiloberstufe zu informieren.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 17:00 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer